



Bd.90/ Die Grünen Wennigsen

Ratsfraktion

Axel Lambrecht

mobil: 0163 – 6302041

axel.lambrecht@gruene-wennigsen.de

17. 03. 23

Grüne kritisieren B-Plan „Im Bergfelde“ - Grüne vermissen Sozialökologischen Anspruch

In der Sitzung des Bauausschusses am 16. 3. 23 haben sich die Ratsmitglieder und Ortsräte mit den umfangreichen Unterlagen zum Bauvorhaben im neuen Baugebiet in Bredenbeck „Im Bergfelde“ beschäftigt.

Der Bebauungsplan für das neue Baugebiet in Bredenbeck „Im Bergfelde“ steht kurz vor dem Abschluss. Danach könnte es losgehen mit der Schaffung von rund 180 neuen Wohneinheiten.

Wennigsen hat lange in der Klima-AG und im Umwelt- und Klimaausschuss um Effizienz-Standards in Neubaugebieten gerungen und sich per Ratsbeschluss auf KfW 40 und die Verpflichtung zu Solarstromanlagen auf den Dächern geeinigt. Ökologische Anforderungen, die Wennigsen in einem Grundsatzbeschluss festgelegt hat, sollen die Neubausiedlung klimaneutral machen.

Doch im Städtebaulichen Vertrag zwischen Gemeinde und der Niedersächsischen Landentwicklungsgesellschaft mbH (NLG) werden diese für 40 Prozent aller Wohneinheiten, darunter alle Mehrgeschosswohnungen, nicht eindeutig vorgegeben.

Auch die Festlegung für den Bau von Sozialwohnungen und generationsübergreifendes Wohnen will die NLG nur für zwei Jahre gelten lassen. Danach wäre sie an keine Vorgaben gebunden.

„Auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom 9. 7. 20 gibt es hier für die GRÜNE Ratsfraktion Nachbesserungsbedarf von der Verwaltung“, fordert Axel Lambrecht, „auch wenn sich die Verhandlungen als schwierig erweisen.“

Wennigsen strebt für 2035 die Klimaneutralität an, was bedeutet, dass Neubauten höchste Effizienzstandards aufweisen müssen.

„Auch ist es sozial nicht gerechtfertigt, für Geringverdiener in Sozialwohnungen hohe Warmmieten zu riskieren“, so Ratsfrau Barbara Krüger von den Grünen.

Die NLG als Grundstückskäuferin nutzt ihre starke Position. Aber ohne Bebauungsplan, den nur die Kommune und der Rat festsetzen können, nützt ihr das Grundeigentum nichts.

Die Politik ist aufgefordert, der Verwaltung und dem Bürgermeister den Rücken zu stärken, in dem sie sagt, dass sie den Vertrag und den B-Plan so nicht akzeptiert. Ohne B-Plan kein Baugebiet, das einzige Druckmittel, das Politik und Gemeinde haben.